

14.04.2010 - 09:00 Uhr

UNI Global Union: Hunderte versammeln sich in Brüssel um gegen die Postmarktliberalisierung zu protestieren

Nyon (ots) -

Postbeschäftigte, Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, Abgeordnete zum Europäischen Parlament und beunruhigte Bürgerinnen und Bürger versammelten sich heute vor dem Europäischen Parlament in Brüssel im Rahmen einer Demonstration um ein Ende der Postmarktliberalisierung zu fordern.

Die Gruppen betonen, dass ein Wechsel von öffentlich finanzierter Post hin zu Unternehmen im Privateigentum immer zu Arbeitslosigkeit, Angriffen auf Arbeitsbedingungen und schlechteren Kundenservice führt.

UNI Global Union ruft um 14.00 Uhr zu einer Demonstration vor dem Europäischen Parlament auf, um ein sofortiges Moratorium der 3. Postdienstleistungsrichtlinie von der Europäischen Union einzufordern, die den Weg zur Privatisierung der Postdienste in ganz Europa ebnet würde.

"Was wir kürzlich in Deutschland und den Niederlanden beobachten konnten - Postunternehmen fordern geringere Löhne und kündigen enormen Stellenabbau an, während die Gerichte gegen die vereinbarten Sicherheitsbestimmungen entscheiden - ist die unvermeidlich schreckliche Folge einer gescheiterten Postmarktliberalisierung", sagt Neil Anderson, Leiter der Sektion Post&Logistik bei UNI. "Unsere Studien zeigen: Liberalisierung ist Auslöser von Sozialdumping. Die Europäische Kommission implementiert eine gescheiterte Strategie und ignoriert die gravierenden sozialen Konsequenzen."

Gewerkschaften und Interessensgruppen, denen die Qualität von Postdienstleistungen ein Anliegen ist und die das Verschwinden dieser in Europa verhindern wollen, schließen sich UNI an.

"Beschäftigte und besorgte Bürgerinnen und Bürger machen jetzt gemeinsame Sache in diesem Kampf", sagte die Abgeordnete zum Europaparlament, Sabine Wils, Die Linke, Deutschland. "Wir wollen nicht mehr zahlen für schlechtere Dienstleistungen und wir wollen auch nicht, dass unsere Steuern in Unternehmen fließen, die sich mehr Sorgen um Profit als um Kundenzufriedenheit machen."

Eine weltweite Studie, in 12 Ländern durchgeführt von UNI, zeigt, dass die vollständige Liberalisierung des Postmarktes nicht funktioniert. Die Qualität der Dienstleistungen verschlechterte sich in liberalisierten Postmärkten. Liberalisierung führt ebenfalls zu enormen Stellenabbau, zur Steigerung von prekärer Beschäftigung und Lohnkürzungen.

Die Europäische Kommission ignorierte die Studie von UNI und scheiterte damit ihrerseits die Forderungen des Europäischen Parlaments zu erfüllen, als dieses der Postmarktliberalisierung zustimmte.

Die Studie ist abrufbar unter:

http://www.uniglobalunion.org/Apps/iportal.nsf/pages/20090211_6lcrEn

UNI Post&Logistik ist die weltweite Gewerkschaft für die Post- und Logistikindustrie und repräsentiert 157 Gewerkschaften und 2,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit.

Kontakt:

Neil Anderson

Mobile: +41/79/508'26'16

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100017477/100601425> abgerufen werden.